

Intervention, Demokratie, regionale Ordnung: aus amerikanischen Fachzeitschriften, 1. Halbjahr 2003

Lücke, Tim; Rudolf, Peter

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Lücke, T., & Rudolf, P. (2003). *Intervention, Demokratie, regionale Ordnung: aus amerikanischen Fachzeitschriften, 1. Halbjahr 2003*. (SWP-Zeitschriftenschau, 07/2003). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-365446>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Intervention, Demokratie, regionale Ordnung

Aus amerikanischen Fachzeitschriften, 1. Halbjahr 2003

Tim Lücke / Peter Rudolf

Vieles in den politiknahen Fachzeitschriften reflektiert die Veränderungen in der amerikanischen Außenpolitik. Ungewißheit klingt in vielen Beiträgen an, wie weit der Wandel geht, welche Konsequenzen er hat und ob die Richtung stimmt. Die alte Frage nach der Legitimität militärischer Interventionen wird vor dem Hintergrund der aktuellen Problematik präemptiver und präventiver Gewalt erneut intensiv debattiert. Begonnen hat die Diskussion neuer Formen internationaler Intervention wie der gezielten Tötung von Diktatoren und der Privatisierung des Peacekeeping. Regional bildet der Nahe und Mittlere Osten einen Schwerpunkt des außenpolitischen Diskurses: Wie kann der Friedensprozeß im Nahen Osten vorangebracht, wie die Demokratisierung der arabischen Welt gefördert werden? Wie könnte ein stabiles Sicherheitssystem für den Persischen Golf aussehen? Mit diesen nicht nur für die amerikanische Außenpolitik zentralen Fragen beschäftigen sich die vorgestellten Artikel.

Wer sich für die ideellen Grundlagen amerikanischer Sicherheitspolitik unter Präsident Bush interessiert, der findet manch Erhellendes in einem weithin apologetischen Aufsatz von **Philip Zelikow** in *The National Interest*. Der Autor, vor mehr als einem Dutzend Jahren unter George H. W. Bush zusammen mit Condoleezza Rice im Nationalen Sicherheitsrat tätig und unter George W. Bush »inoffiziell« an der Vorbereitung der National Security Strategy beteiligt, hält von all dem modischen metaphorischen Gerede über ein »amerikanisches Imperium« wenig. Die USA spielten zwar eine zentrale weltpolitische Rolle, jedoch

keine imperiale, wenn man diesen Begriff nicht auf banalen Unsinn reduzieren wolle. Nicht Kontrolle und Herrschaft, sondern Überzeugung und Führung seien das eigentliche Problem für amerikanische Außenpolitik. Diese befinde sich in einem Prozeß der Redefinition nationaler Sicherheit: Sicherheit könne nicht mehr länger geographisch abgegrenzt verstanden werden; der Unterschied zwischen äußerer und innerer Sicherheit sei verschwunden. Moralische Prinzipien hätten, so Zelikow, zentrale Bedeutung für diese Administration, vor allem diesen Präsidenten, der im Unterschied zu traditionellen Konservati-

ven ein »kultureller Optimist« sei. Multilateralismus werde nicht über Bord geworfen, sondern neu bestimmt – im Sinne funktionaler, ergebnisorientierter Institutionen.

Problematik präemptiver Gewalt

Kein Aspekt amerikanischer Außenpolitik unter George W. Bush hat in den USA und international größere Beunruhigung ausgelöst als die sogenannte Präemptionsdoktrin, die laut Zelikow bewußt provokativ formuliert wurde, um eine international notwendige Debatte anzustoßen. Zwar spricht die Bush-Administration von Präemption, die Bedeutung dieses Begriffes wird jedoch unter Verweis auf veränderte Bedrohungen in einem Maße ausgedehnt, daß er dem nahekommt, was klassisch als Präventivkrieg bezeichnet wird. Die Administration behauptet, daß die Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen und Terroristen selbst dann eine unmittelbare Bedrohung darstellt, wenn sie erst in Zukunft virulent wird.

Wann wäre Präemption ethisch zu rechtfertigen? Um diese Frage kreisen einige Artikel in *Ethics and International Affairs*, einer inzwischen zweimal jährlich erscheinenden Zeitschrift, die sich zu dem vielleicht interessantesten Forum für die Diskussion grundsätzlicher normativer Fragen internationaler Politik entwickelt hat.

Chris Brown, Professor für Internationale Beziehungen an der London School of Economics, beschäftigt sich in seinem Artikel mit der Frage, ob und in welchen Fällen Staaten das Recht haben, präemptive oder sogar präventive Militäraktionen gegen andere Staaten durchzuführen. Unter der Prämisse, daß jeder Staat ein Anrecht darauf habe, sich selbst zu verteidigen, gebe es eine klare legale Definition, nach der *Präemption* die rechtmäßige Antwort auf eine akute Bedrohung durch ein anderes Land sei. *Präventive* Gewalt hingegen werde als illegitim angesehen, da sie unilateral angewendet werde, um die Ent-

stehung einer potentiellen künftigen Bedrohung zu verhindern.

Brown argumentiert, daß es im internationalen System schwierig sei, solche klar konturierten juristischen Definitionen von Präemption und Prävention zur Grundlage nationaler Selbstverteidigung zu machen. Wie der Titel »Self-Defense in an Imperfect World« bereits andeutet, geht er von der Tatsache aus, daß keine tatsächlich unabhängige Institution existiert, welche universell bindende Regeln für das internationale Staatensystem aufstellen und zugleich auch effektiv durchsetzen kann. Die dadurch entstehende Unsicherheit gebe Staaten das Recht, Sicherheitsrisiken eigenständig zu bewerten. Es könne daher geschehen, daß ein Staat eine aus seiner Sicht präemptive Militäraktion einleite, die von anderen Staaten jedoch als unzulässige Prävention bewertet würde. Um der internationalen Legitimation willen müßten vor allem zwei Aspekte beachtet werden. Zum einen, argumentiert Brown, sollten Staaten sich öffentlich von einer generellen Strategie der Prävention distanzieren, da sie zu einer endlosen Reihe von Präventivkriegen führen würde. Zweitens sei es nötig, der internationalen Gemeinschaft die Gründe für die jeweilige präemptive Intervention plausibel zu erläutern. Dadurch würde die Legitimation präemptiver Handlungen beträchtlich gestärkt.

Richard K. Betts, Direktor des Institute for War and Peace Studies an der Columbia University, argumentiert, daß sich die Legitimität präemptiver und präventiver Interventionen am Grad der Evidenz bemesse, daß die andere Seite angreifen werde. Zwar könne äußerst selten sicher angenommen werden, daß Krieg als Folge der militärischen Vorbereitungen der anderen Seite wirklich unvermeidlich sei. Denn die Kriegsvorbereitungen könnten auch defensiv gemeint sein. Jedoch: Im Falle verlässlicher Erkenntnisse, daß die andere Seite einen Angriff plane und Präemption den Schaden begrenzen könne, werde Präemption zum moralisch verantwortlichen Han-

deln. Das seien jedoch Bedingungen, die äußerst selten vorlägen.

Ähnlich, aber die Kriterien weiter differenzierend, argumentiert **Neta C. Crawford**, die Internationale Beziehungen an der Brown University unterrichtet. Ihrer Ansicht nach müssen vier Bedingungen erfüllt sein, damit Präemption legitim sei: Erstens: Da es sich um den Anspruch der Selbstverteidigung handle, müsse das zu verteidigende »Selbst« eng ausgelegt werden. Sollte aber weit mehr verteidigt werden als die nationale Souveränität und territoriale Integrität, wie das im Verständnis der »nationalen Sicherheitsinteressen« der Fall sei, dann bekomme der Anspruch der Verteidigung schnell einen offensiven Charakter. Zweitens: Es müsse evident sein, daß eine Aggression unmittelbar bevorstehe und der Krieg unvermeidbar sei. Drittens: Präemption müsse mit großer Wahrscheinlichkeit die Bedrohung beseitigen können. Viertens: Der Einsatz militärischer Macht müsse in dem Sinne *Ultima ratio* sein, als andere Mittel keinen Erfolg bei der Abwehr der Bedrohung verheißen.

Demokratie weltweit

In einer Zeit, in der Präsident Bush nichts Geringeres als den Weltfrieden zum außenpolitischen Programm erhoben hat, kann auch die Wissenschaft nicht zurückstehen: Wie lassen sich demokratische politische Systeme weltweit durchsetzen, lautet die Frage, die **Larry Diamond** von der konservativen Hoover Institution in der Juni-Ausgabe von *Policy Review* stellt. Er sieht die Welt in einer Phase, in der der »globale Triumph der Demokratie« zwar nicht unaufhaltsam, jedoch in den nächsten ein, zwei Generationen möglich sei – wenn die Außenpolitik der großen Demokratien und der internationalen Entwicklungsorganisationen entschieden auf dieses Ziel hin orientiert werde.

Worauf gründet dieser bedingte Optimismus? Es ist die von Samuel Huntington so bezeichnete »dritte Welle« der Demokrati-

sierung seit 1974, die dazu geführt habe, daß mittlerweile drei Fünftel aller Staaten Demokratien sind. Gewiß sind es nicht alles liberale Demokratien, aber durchaus Demokratien in dem minimalen Sinne, daß regelmäßig in freien und fairen Wahlen über die Besetzung der wichtigsten politischen Machtpositionen entschieden wird. Zumindest ein Drittel aller Staaten sind in allen Weltregionen solche Minimal-Demokratien – mit Ausnahme des Nahen und Mittleren Ostens. Da in anderen Regionen Staaten mit einer islamischen Mehrheit Demokratien sind, führt Diamond diesen Sonderfall vor allem auf die dort vorherrschende ökonomische Struktur (vom Öl lebende Rentierstaaten) zurück – und auf die Möglichkeit, den israelisch-palästinensischen Konflikt im Sinne eigener Legitimitätsbeschaffung auszunutzen. Diamonds Diagnose der Voraussetzungen von Demokratisierung folgt stark dem Ansatz Huntingtons: durch wirtschaftliche Entwicklungen ausgelöste soziale Transformationen; mangelnde wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und damit Legitimitätsverlust autoritärer Herrschaften; internationaler Druck durch die USA und die EU; veränderte internationale Normen.

Welche Ziele sollte eine Demokratisierungspolitik verfolgen? Erstens die Regelung des israelisch-palästinensischen Konfliktes, um den arabischen Staaten die Möglichkeit zu nehmen, von eigenem Versagen abzulenken; zweitens die Öffnung geschlossener Staaten (Kuba, Nordkorea etc.) durch Handel und Austausch aller Art; schließlich ein »new deal on aid« – eine »konzeptionelle Revolution« in Form einer entschiedenen Ausrichtung der Hilfe an Demokratie und »good governance«. Den Ansatz der Konditionalität sieht er als erschöpft an; jetzt müsse Hilfe selektiv als Belohnung für politische Freiheit geleistet werden.

Die Förderung demokratischer Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten ist inzwischen erklärtes Ziel amerikanischer Außenpolitik unter Präsident Bush. Doch wie ernst ist dieses Ziel zu nehmen? Und: Ist es realistisch und in amerikanischem

Sinne? **Thomas Carothers**, Experte für Fragen der Demokratieförderung beim Carnegie Endowment for International Peace, identifiziert in *Foreign Affairs* zwei widersprüchliche Impulse in der amerikanischen Außenpolitik nach dem 11. September, die sich nicht vereinbaren ließen: auf der einen Seite die Unterstützung jener autoritären Regime im Nahen Osten und in Asien, die mit den USA im Kampf gegen den »Terrorismus« zusammenarbeiten; auf der anderen die erklärte Förderung der Demokratie in der arabischen Welt, der die Diagnose zugrunde liege, daß diese Region andernfalls eine Brutstätte des islamistischen Terrorismus bleiben werde.

Carothers spricht geradezu von einer Persönlichkeitsspaltung (»split personality«) zwischen »Bush the realist« und »Bush the neo-Reaganite«. Nun sei dies nicht unbedingt etwas Neues, aber es untergrabe doch den erklärten Anspruch auf Förderung der Demokratie. Für Carothers beruht die ehrgeizige Agenda im Nahen und Mittleren Osten auf fragwürdigen Annahmen: erstens, daß der Irak zu einer Demokratie transformiert werden könne; zweitens, daß die USA tatsächlich zu einem dauerhaften Engagement bereit seien; drittens, daß sich ein Domino-Effekt einstellen werde. Für eine solche Welle der Demokratisierung fehlten aber die Voraussetzungen.

Das Ziel Demokratie in der arabischen Welt ist in der amerikanischen Diskussion keineswegs unumstritten. Aus »realistischer« Sicht bestehen eher Risiken als Chancen. Wie **Ray Takeyh**, Professor an der National Defense University, und **Nikolas K. Gvosdev**, Senior Fellow am Nixon Center und Mitherausgeber der wöchentlich erscheinenden Internet-Zeitschrift *In The National Interest* (aufgrund der aktuellen Analysen und Kommentare überaus lesenswert!), argumentieren, sei keinesfalls zu erwarten, daß demokratisch gewählte Regierungen in der Region tatsächlich eine mit amerikanischen Interessen vereinbare Politik betreiben werden, insbesondere im Hinblick auf Israel und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. Gerade weil sie

autokratisch regiert werden, könnten Ägypten und Jordanien gegenüber Israel eine moderate Politik verfolgen. Auch verschwinde im Zuge einer pluralistischen Öffnung das Interesse an Nuklearwaffen nicht; Iran lehre dies deutlich. Gefordert sei daher ein »pragmatischer mittlerer Kurs«: die Orientierung am Ziel »liberaler Autokratien«. Denn die USA könnten im Nahen Osten entweder ihre Wilsonschen Werte durchzusetzen versuchen oder ihre strategischen Interessen sichern. Beides zusammen gehe jedoch nicht: so die These der beiden Autoren, die sie in ausführlicherer Form in der Zeitschrift *Orbis* dargelegt haben.

Fortschritt im Nahen Osten?

Präsident Bush engagiert sich inzwischen im Nahost-Konflikt. Doch wird der von ihm mitvertretene Ansatz der »road map«, der auf reziproke Schritte beider Seiten setzt, am Ende Erfolg haben können? **Martin Indyk**, Direktor des Saban Center for Middle East Policy an der Brookings Institution und ehemals unter Clinton Assistant Secretary of State for Near East Affairs, zeigt sich in seinem in *Foreign Affairs* erschienenen Artikel *A Trusteeship for Palestine* äusserst skeptisch. Er sieht den Ansatz zum Scheitern verurteilt, da er allzu viele Voraussetzungen auf palästinensischer Seite einen starken glaubwürdigen Sicherheitsapparat, der tatsächlich dem Terrorismus Einhalt gebieten kann, und einen glaubwürdigen Verhandlungspartner; auf israelischer Seite eine flexibel agierende Regierung, die bereit ist zum Entgegenkommen und zur Umsetzung der in der »road map« gestellten Bedingungen. Indyks Sorge ist, daß sich die USA unter Präsident Bush bei einem Scheitern des jetzt verfolgten Ansatzes aus dem Verhandlungsprozeß zurückziehen könnten – angesichts eines bevorstehenden Wahljahres und anderer Fragen, die vielleicht als dringlicher erscheinen.

Wie läßt sich das verhindern, wie die nach dem Irak-Krieg veränderte Situation nutzen? Indyk denkt an eine »radikalere

äußere Intervention« und fordert eine internationale Treuhandschaft über Palästina mit dem klaren Mandat, einen unabhängigen demokratischen palästinensischen Staat aufzubauen. Ein solchermaßen installierter Verhandlungspartner mit der Fähigkeit, terroristische Aktionen zu unterbinden, würde Israel dann – so die Hoffnung – zu den risikobereiten Reaktionen veranlassen, die für eine endgültige Regelung des Konflikts erforderlich seien. Verhandlungen über den Endstatus, für die Indyk einen Zeitrahmen von drei Jahren vorschlägt, müßten diesen Prozeß des »state building« begleiten. Eine die Treuhandschaft legitimierende UN-Resolution sei, so Indyk, zwar wünschenswert. Um für Israel akzeptabel zu sein, müsse es faktisch aber eine von den USA geführte Unternehmung sein – mit amerikanischen Truppen, unterstützt von Soldaten anderer Staaten. Diese Truppen kämen nicht als »peace-keeper« zum Einsatz, sondern hätten die Aufgaben, Ordnung zu bewahren, Terrorismus zu unterbinden und bei der Umstrukturierung der palästinensischen Sicherheitskräfte mitzuwirken. Martin Indyk glaubt im übrigen nicht, daß sich eine Administration, die sich sehr zögernd auf eine nachhaltige Vermittlerrolle eingelassen hat, diesem Vorschlag öffnen wird.

Ein neues Sicherheitssystem für die Golfregion?

Inzwischen hat in den USA die Debatte darüber begonnen, welche künftige Sicherheitsordnung für die Region des Persischen Golfes wünschenswert und möglich sein könnte. **Kenneth Pollack**, Forschungsdirektor am Saban Center for Middle East Policy der Brookings Institution, identifiziert in *Foreign Affairs* drei Sicherheitsprobleme, auf die amerikanische Außenpolitik in den nächsten Jahren eine Antwort geben müsse. Erstens das irakische »Sicherheitsdilemma«: Ein zu schwacher Irak könne seine Sicherheit nicht gegenüber Iran bewahren; ein militärisch zu starker Irak stelle ein Pro-

blem für die Sicherheit Saudi-Arabiens und Kuwaits dar. Zweitens das iranische Nuklearproblem: Militärische Optionen sind für Pollack aufgrund der Größe und Stärke des Landes nahezu ausgeschlossen. Zwar würden bei einem Regimewandel im Iran die nuklearen Ambitionen für die USA an Bedrohlichkeit verlieren; aber auf eine solche Entwicklung könne amerikanische Politik nicht bauen. Das dritte Kernproblem sieht Pollack in der politischen und wirtschaftlichen Stagnation arabischer Staaten als Wurzel von Instabilität und Nährboden für Terrorismus.

Aus all dem ergeben sich, wie Pollack schreibt, kaum lösbare Aufgaben für die amerikanische Politik in der Region: Irak müsse als Gegengewicht zum Iran stark bleiben, dürfe aber nicht zu stark sein. Iran müsse eingedämmt und gleichzeitig zur Liberalisierung gedrängt werden. Die innere und äußere Sicherheit der Golfstaaten müsse bewahrt, gleichzeitig müßten sie weiter reformiert werden.

Pollack diskutiert drei grundlegende Ansätze für die Sicherheitspolitik am Golf. Sie schließen sich seiner Meinung nach gegenseitig nicht aus, sondern ergänzen einander. Das wäre einmal die Reduzierung der amerikanischen Militärpräsenz in der Region, die Entwicklung einer amerikanischen Strategie des »off-shore balancing«, zurück also in die Zeit vor 1990. Da Iran und Irak geschwächt seien und die USA ihre Interventionsbereitschaft bewiesen hätten, könnte ein solcher Ansatz erfolgversprechend sein. Zwei Nachteile sieht Pollack jedoch: Zum einen könnten die USA bei einer verringerten militärischen und politischen Präsenz an Einfluß einbüßen, den sie geltend machen müßten, um die Golfstaaten zu den im Interesse langfristiger Stabilität notwendigen politischen Reformen zu bewegen. Zum anderen könnte eine reduzierte Präsenz die Golfstaaten im Falle einer Nuklearbewaffnung des Iran verleiten, sich eng an diese Regionalmacht anzulehnen. Der zweite grundlegende Ansatz bestünde nach Pollack in der Gründung einer Art mittelöstlicher

NATO mit dem Ziel, die Amerikaner in der Region, die Iraner draußen und Irak unten zu halten. Das Problem einer solchen Strategie: Die mit den USA befreundeten Golfstaaten wollen aus Sorge um ihre innere Legitimität kein formales Bündnis mit den USA. Den dritten Ansatz bietet ein Sicherheitskondominium, das auf den europäischen Erfahrungen aufbauen würde: angefangen bei einem regionalen Forum für den sicherheitspolitischen Dialog über vertrauensbildende Maßnahmen hin zur Rüstungsbegrenzung.

Allein schon die Ankündigung eines solchen Projektes hätte, so Pollack, für die USA positive Wirkungen, auch wenn dies die Bereitschaft zur Beschränkung der eigenen Militärpräsenz erfordern würde. Er verspricht sich vor allem eine Einbindung des Iran in einen Prozeß, der von iranischen »hardlinern« kultivierten Bedrohungsvorstellungen den Boden entziehen würde. Der Einschluß Israels in den Prozeß – eine Forderung, mit der zu rechnen ist – würde jedoch eine solche Initiative von vornherein überlasten.

Überlegungen zu einem neuen Sicherheitssystem am Persischen Golf finden sich auch in einem *Issue Paper* von RAND, verfaßt von **Andrew Rathmell, Theodore Karasik** und **David Gompert**. Aus ihrer Sicht sollte ein solches System aus drei miteinander verbundenen Komponenten bestehen: Machtgleichgewicht, Reform und Multilateralismus. Daß die USA auf absehbare Zeit das Machtgleichgewicht gewährleisten müßten, ist den Autoren klar. Doch sei eine erheblich reduzierte Präsenz möglich, nachdem der Irak nicht mehr länger eingedämmt werden müsse, zumal wenn es gelänge, eine intraregionale Machtbalance aufzubauen. Was heißt das? Im Grunde ein Machtgleichgewicht zwischen Iran, Irak und den Staaten des Golf-Kooperationsrates, in dem ihnen ein für ihre Verteidigung notwendiges konventionelles Militärpotential zugebilligt wird, das jedoch nicht zur weiträumigen Offensive befähigt. Reformen, als zweiter Pfeiler, sollten sich anfänglich nicht auf die Abhaltung von Wahlen,

sondern auf strukturelle und kulturelle Veränderungen konzentrieren, mit denen die Entwicklung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie gefördert werde. Um die Kosten für die USA zu reduzieren und den Eindruck einer Pax Americana zu vermeiden, sei eine dritte Komponente notwendig: die Partnerschaft mit den Europäern.

Ideen zu einem multilateralen regionalen Sicherheitsforum für die Region enthält der Artikel von **Joseph McMillan, Richard Sokolsky** und **Andrew C. Winner** in *The Washington Quarterly*. Die Autoren, von denen zwei an der National Defense University tätig sind, sehen das Asean Regional Forum als geeignetes Ausgangsmodell, haben aber die gesamte Sicherheitspalette des Helsinki-Prozesses als langfristiges Ziel im Sinne. Nicht um eine Alternative zur Rolle der USA als Garant der Sicherheit am Golf geht es ihnen, sondern um den Aufbau multilateraler Strukturen, innerhalb derer sich Kooperation zwischen den Staaten der Region entwickeln kann; um Strukturen auch, innerhalb derer die Dominanz der USA langfristig akzeptabel bleiben könnte.

Intervention durch Ermordung?

Provokativ und sicherlich unkonventionell ist der in *Foreign Policy* erschienene Artikel von **Anne-Marie Slaughter**, Dekanin der Woodrow Wilson School of Public and International Affairs an der Princeton University. Immer häufiger, so die Autorin, würden Kriege geführt, die in erster Linie der Beseitigung solcher Diktatoren dienten, die entweder die Sicherheit anderer Staaten bedrohen oder die Rechte ihrer eigenen Bevölkerung verletzen. Slaughter vertritt die Auffassung, daß diese Art militärischer Interventionen der Zivilbevölkerung meist mehr schaden als dem kriminellen Regime. Die von den Vereinten Nationen verhängten Sanktionen gegen den Irak hätten die innenpolitische Macht Saddam Husseins nicht beeinträchtigt, wohl aber massive Opfer unter der irakischen Bevölkerung gefordert. Slaughter empfiehlt daher, daß

man in Zukunft brutale Diktatoren vom Schlage eines Saddam Hussein am besten persönlich zur Rechenschaft ziehen solle. Es sei moralisch eher vertretbar, die Führung eines Regimes zu töten, als unschuldige, ohnehin schon leidende Zivilisten zu Opfern von Kriegshandlungen zu machen. Allerdings, so Slaughter, besäßen einzig und allein die Vereinten Nationen die nötige Legitimation, eine solche Strategie der Eliminierung von Diktatoren zu autorisieren. Sie schlägt vor, daß der UN-Sicherheitsrat Diktatoren, die eine Bedrohung für die Welt und die Bevölkerung ihres Landes darstellen, zuerst formell anklagen sollte, um daraufhin unter Umständen ein Kopfgeld für ihre Auslieferung auszusetzen. Falls es nicht zur Auslieferung komme, sollten die Vereinten Nationen notfalls Spezialoperationen autorisieren mit dem Ziel, den jeweiligen Diktator zu töten.

Auch **Catherine Lotrionte**, Professorin an der School of Foreign Service der Georgetown University, beschäftigt sich mit der Frage, ob und unter welchen Umständen es gerechtfertigt sei, unliebsame Diktatoren zu töten. Obwohl die Autorin ebenfalls der Meinung ist, daß die gewaltsame Beseitigung einzelner Diktatoren und ihrer Gefolgsleute eine wesentlich sanftere Form von Regimewechsel sei als groß angelegte militärische Operationen, weicht sie in einem fundamentalen Punkt von Slaughter's Position ab. Es sei nicht unbedingt notwendig, aus Gründen der Legitimationswahrung einzig und allein den Vereinten Nationen das Recht vorzubehalten, Todesstrafen über Diktatoren zu verhängen. Dieses Recht sei auch nationalen Regierungen zuzusprechen. Lotrionte beschäftigt sich ausgiebig mit der Frage, unter welchen Umständen ein US-Präsident die Exekution eines ausländischen Staatsoberhauptes beauftragen könne, ohne gegen die amerikanische Verfassung oder internationales Recht zu verstoßen. Wie die ehemalige Mitarbeiterin des CIA ausführt, habe die Verwicklung des amerikanischen Geheimdienstes in mehrere Attentatsversuche während des Kalten Krieges dazu

geführt, daß dieses Thema gerade in den USA besonders heftig umstritten sei. Sie kommt jedoch zu dem Schluß, daß amerikanische Präsidenten die Exekution ausländischer Staatsoberhäupter und ihrer Gefolgsleute im Einklang mit der US-Verfassung anweisen dürften, solange dies einzig und allein aus der Motivation heraus geschehe, eine Gefahr für die Sicherheit anderer Länder zu beseitigen oder massive Menschenrechtsverletzungen zu beenden.

Privatisierung des Peacekeeping?

Der Einsatz internationaler Truppen zur Friedenssicherung auf dem Balkan, in Afghanistan, in Westafrika sowie die wachsenden Schwierigkeiten der USA, Sicherheit und Stabilität im Irak zu etablieren, haben dem Thema »Peacekeeping« erneut Hochkonjunktur beschert. **Peter W. Singer**, Senior Fellow an der Brookings Institution, bietet für diese schwierige Problematik in *Policy Review* eine auf den ersten Blick verlockend erscheinende Lösung. Warum sollten die Vereinten Nationen die Aufgabe der Friedenssicherung nicht einfach an private Firmen delegieren?

Seit mehreren Jahren schon gebe es zahlreiche private Unternehmen, die von militärischer Logistik und Beratung bis hin zum aktiven Kriegsdienst alles anböten, was zum robusten Peacekeeping in Krisengebieten erforderlich sei. Solche Firmen sind laut Singer wesentlich effektiver im Bereich der Friedenssicherung als zum Beispiel die Blauhelme der Vereinten Nationen. Vor allem seien private Unternehmen nicht von den politischen Komplikationen innerhalb der Vereinten Nationen belastet und könnten somit auch eher Waffengewalt zur Stabilisierung von Krisenregionen anwenden. Somit wäre es ihnen vielleicht sogar möglich, menschliche Tragödien wie den Völkermord in Ruanda zu vermeiden.

Allerdings räumt Singer ein, daß drei erhebliche Risiken mit dem Einsatz privater Unternehmen verbunden seien, vor allem

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2003
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6380

wenn man bedenke, daß bei Friedenssicherungsmissionen das Leben Tausender von Menschen auf dem Spiel stehe. Hauptproblem sei, daß solche Unternehmen keiner fest etablierten Gerichtsbarkeit unterstünden. Würden sie beim Einsatz selbst Menschenrechtsverletzungen begehen, könnten sie daher kaum zur Rechenschaft gezogen werden. Zweitens könne es passieren, daß private Firmen sich entscheiden, Aufträge abzuberechen, sobald sich die Lage im Krisengebiet zuspitze. Ein dritter Aspekt spricht laut Singer ebenfalls gegen eine komplette Privatisierung von Peacekeeping: die Tatsache, daß friedenssichernde Missionen wesentlich komplexer sind als herkömmliche Militärinterventionen. Peacekeeping beinhalte nicht nur die Beendigung von Kampfhandlungen, sondern auch die Entwaffnung der kämpfenden Parteien, den Wiederaufbau der lokalen Infrastruktur und Zivilgesellschaft sowie die Etablierung einer von möglichst vielen Volksgruppen akzeptierten Regierung. Singer glaubt, daß private Unternehmen für viele dieser Aufgaben nicht geeignet seien. Als möglichen Kompromiß schlägt er daher vor, man solle private Firmen zur Reform der militärischen Fähigkeiten der Vereinten Nationen heranziehen und eventuell sogar eine generelle Kooperation zwischen Vereinten Nationen und privaten Unternehmen anstreben.

Besprochene Aufsätze

Betts, Richard, Striking First: A History of Thankfully Lost Opportunities, in: Ethics and International Affairs, 17 (April 2003) 1, S. 17-24

Brown, Chris, Self-Defense in an Imperfect World, in: Ethics and International Affairs, 17 (April 2003) 1, S. 2-8

Carothers, Thomas, Split Personality, in: Foreign Affairs, 82 (Januar/Februar 2003) 1

Crawford, Neta C., The Slippery Slope of Preventive War, in: Ethics and International Affairs, 17 (April 2003) 1, S. 30-36

Diamond, Larry, Universal Democracy?, in: Policy Review, (Juni/Juli 2003) 119, <www.policyreview.org>

Indyk, Martin, A Trusteeship for Palestine?, in: Foreign Affairs, 82 (Mai-Juni 2003) 3, S. 51-66

Lotrionte, Catherine, When to Target Leaders, in: The Washington Quarterly, 26 (Sommer 2003) 3, S. 73-87

McMillan, Joseph/Richard Sokolsky/Andrew C. Winner, Toward a New Regional Security Architecture, in: The Washington Quarterly, 26 (Sommer 2003) 3, S. 161-175

Pollack, Kenneth M., Securing the Gulf, in: Foreign Affairs, 82 (Juli-August 2003) 4, S. 2-16.

Rathmell, Andrew/Theodore Karasik/David Gompert, A New Persian Gulf Security System, Santa Monica: Rand, Issue Paper, 2003

Singer, Peter W., Peacekeepers, Inc., in: Policy Review, (Juni/Juli 2003) 119, <http://www.policyreview.org/jun03/singer.html>

Slaughter, Anne-Marie, Mercy Killings, in: Foreign Policy, (Mai/Juni 2003) 37, S. 72-73

Takeyh, Ray/Nikolas K. Gvosdev, A Misplaced Faith? Arab Democracy and American Security, in: In The National Interest, 5.3.2003, <http://www.inthenationalinterest...Vol2Issue9/vol2issue9realist.html>

dies., Democratic Impulses versus Imperial Interests: America's New Mid-East Conundrum, in: Orbis, 47 (Sommer 2003) 3, S. 415-431

Zelikow, Philip, The Transformation of National Security, in: The National Interest, (Frühjahr 2003), S. 17-28